

Arbeitskreis „Aktive Außenpolitik und Neutralität“  
**Krise Ukraine-Russland-EU**  
**Rückkehr geopolitischer Machtpolitik? Und Wie weiter?**

23. April 2015 um 18 Uhr im IIP

Mit August Pradetto, Politikwissenschaftler, Helmut Schmidt-Universität Hamburg,  
Elisabeth Hagen, geschäftsführende Direktorin des Wiener Institutes für internationale  
Wirtschaftsvergleiche.  
Moderation: Udo Bachmair

**Pradetto:** 2 Thesen und eine Schlussfolgerung

1. These: *Der Ukraine-Konflikt beruht darauf, dass das Land mit und durch den Majdan von Nov 2013 bis Februar 2014 zu einem failing state wurde.*

Das Land ist bis 2014 in der Phase der Turbokapitalisierung stecken geblieben. Oligarchen sind nie beschränkt worden. Bei Wahlen nahmen Gruppen von Oligarchen vehement Einfluss. Orangene Revolution 2004 war eine gescheiterte Revolte dagegen. Nur Moldawien und Ukraine sind in dieser Phase der Turbokapitalisierung stecken geblieben.

Seit der Unabhängigkeit lebte die Ukraine von der Substanz - 2009 Hyperinflation und Insolvenzgefahr, worauf Timoschenko abgewählt wurde. Damals (2010) war Janukowitsch auch für den Westen ein Hoffnungsträger. Seine erste Auslandsreise führte nach Brüssel. Poroschenko war unter ihm im Übrigen Präsident der Nationalbank, Wirtschafts- und Außenminister.

Als 2013 die EU nicht so viel geboten hat wie Russland (1 Mrd Euro versus 15 Mrd \$) folgte die versuchte Zuwendung zu Russland und die Ablehnung des EU-Assoziationsabkommens durch Janukowitsch.

Es folgte mit dem Majdan eine neue „Orangene Revolution“ mit entsprechenden Protagonisten. Jazeniuk – Kandidat der Europaabteilung des US-Außenamtes - der bei den Präsidentschaftswahlen 2010 nur 6 % hatte, schob sich in den Vordergrund. Sozioökonomisch war das Land bereits vor Majdan ein failing state, 2014 am 78. HDI (Human Development Index der UN)-Platz hinter Mexiko, Libanon und Venezuela. In Folge des Majdan zerbrach auch noch das Justiz-, Militär- und Polizeisystem. Gewaltmonopol, territoriale Integrität und Volk haben sich aufgelöst. Pradetto spricht deswegen von einem failing und keinem failed state, weil das Land immer noch eine Regierung hat.

Besetzung der Krim und Ausrufung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk waren Folge der Auflösungsstendenzen. Grüne Männchen, Militär, Freiwillige und Nationalisten aus Russland trugen dazu bei. Aber auch, dass die Ukraine in dieser Phase lediglich nur noch von 4000 Sicherheitskräfte gegen die ausgerufenen Volksrepubliken aufzubieten hatte, destabilisierte die Situation. Obwohl die ukrainische Armee 2013 noch stark war (130.000 Mann, 200 Flugzeuge,...) machte der Staatszerfall nach Janukowitschs Abtritt die Streitkräfte handlungsunfähig. Die beiden Volksrepubliken umfassen lediglich 2 % des gesamten Staatsterritoriums, bauten aber starke Streitkräfte auf.

2. These: *Die Ukraine-Krise ist von allen Parteien als neuer kalter Krieg, als geopolitisches Spiel und damit als Kampf Gute gegen Böse inszeniert worden.*

Ukraine ist der 6-größte Waffenlieferant der Welt, bspw. größter Lieferant der Armee Chinas. 90 % in staatlicher Hand. Oligarchen weiger(t)en sich aber, die eigene Armee mit modernen Waffen auszustatten. Gleichzeitig sind sie so nicht imstande, die Ukraine zu retten. USA, Rußland und die EU werden keine eigenen Fehler eingestehen.

Schlussfolgerung: *Es geht darum, die Entideologisierung und Entgeopolitisierung des Konfliktes herbei zu führen, nur dann wird eine Entspannung möglich. Handel mit beiden, Russland und EU, wäre möglich.*

Das Problem wird sein, dass die notwendigen Reformen große Härten für die Bevölkerung hervorbringen werden. Im Negativfall könnte bei fehlender Motivation ein weiterer Zerfallsprozess der Ukraine kommen.

Bis 2013 gab es kein Problem für die Ukraine mit beiden Seiten zu verhandeln. 1997 erfolgte die Nato-Erweiterung unter Einbeziehung und im Konsens mit Russland (Nato-Russland- Rat...). Erst durch den Big-Bang am Gipfel von Bukarest (mit Jazeniuk) 2008, mit Ukraine bis Südkaukasus als neue Integrationsgebiete der NATO, erfolgte der Bruch. Es stellt sich die Frage, warum die aktuelle Politikergeneration nicht in der Lage ist, eine realitätsgerechtere Politik zu betreiben.

EU und NATO betreiben allerdings eine unterschiedliche Politik. EU ist gegenüber Russland kooperativer. Alleine die Investitionen bspw. Deutschlands

(4,5 Mrd € in der Ukraine und 25 Mrd. € in Russland) bedingen dies. EU hat aber im Assoziationsabkommen übersehen, dass auch ein kompatibles Verhältnis mit Russland hergestellt hätte werden müssen. Majdan ist unabhängig vom abgebrochenen Assoziationsabkommen entstanden.

In der NATO wird eine lustvolle Feindbildpflege als Reminiszenz auf den kalten Krieg in allen Weltkonflikten angewendet. 85 % der Weltrüstungsausgaben kommen auf NATO-Länder. Es gibt allerdings keinen großen Plan der Erringung oder Erhaltung der Weltherrschaft des Westens à la Friedman oder Brzezinski.

Alte Politikergarde – Schmidt bis Kohl, Kissinger... - war erheblich vorsichtiger und selbstkritischer. Ein neuer Typus von Politikern ist am Werk, eine rassistische Außenpolitik: Beispiele Blair, Aznar, Cameron, Sarkozys Angriff auf Libyen.... Putin fällt da nicht auf, sondern erscheint in dieser Reihe als ebenso mittelmäßiger Politiker, für russische Verhältnisse aber durchaus passabel. Russlands Rolle kann jedoch nicht nur nach rationalen ökonomischen Kriterien berechnet werden. Weil Russland stark mit Europa verflochten ist, steht zu hoffen, dass eine De-Ideologisierung und De-Geopolitisierung des Konfliktes möglich wird.

### **Hagen:**

Ukraine: Seit der Unabhängigkeit 1991 ist die sozio-ökonomische Lage kontinuierlich schlechter geworden. Während das Land damals bei ca. 30% des westeuropäischen Niveaus mit Polen gleich auf lag, hat Polen bedeutend aufgeholt, während die Ukraine auf ca. 25% zurückfiel. Die Macht der Oligarchen ist überproportional und lähmend. Insofern bestätigt Hagen die These vom „failing state“.

Ebenfalls seit der Unabhängigkeit betreiben die ukrainischen Regierungen eine Art Schaukelpolitik zwischen „Ost“ (Russland) und „West“ (EU), zum Beispiel in Energiefragen.

Der russische Druck gegen das Assoziationsabkommen mit der EU ist vor 2014 ständig gestiegen. In diesem Zusammenhang ist auf die differenzierte Produktions- und Exportstruktur der Wirtschaft hinzuweisen: entwickelte, im

Osten des Landes produzierte Güter werden nach Russland exportiert, während im Westen gewonnene Rohstoffe in den Westen gehen.

Es wäre notwendig und wahrscheinlich möglich gewesen, ein Arrangement zu diskutieren, mit dem die Interessen sowohl der Ukraine wie die der EU und Russlands (der „Eurasischen Union“) berücksichtigt werden. Solche Gespräche wären auch heute noch ein möglicher Ausweg aus der Krise und es gibt Anzeichen, dass dies von EU-Seite (Kommissionspräsident Juncker) angestrebt wird.

Weiters braucht die ukrainische Wirtschaft, um vom Assoziationsabkommen profitieren zu können, für eine Übergangszeit Schutz vor westlichen Importen und für den Aufbau von im Westen konkurrenzfähigen Produktionen. Die EU könnte auch zur Verbesserung der katastrophalen Lage helfen, zumindest in Teilbereichen (ausgewählten Regionen und Institutionen) Kooperationspartner ausfindig zu machen und zu stärken, die dann pragmatisch zeigen, dass eine wirtschaftliche Erholung möglich ist. Die bisherigen finanziellen Hilfen (v.a. IWF) dienen vorwiegend der Schuldenbegleichung und Liquiditätserhaltung, notwendig wären produktive Auslandsinvestitionen.

Russland: Der wirtschaftliche Aufholprozess seit den Jelzin-Jahren ist längst ins Stocken geraten, nach wie vor hängt das Land von Rohstoff-Exporten ab. Die nunmehrige politisch begründete Krise (Stichwort Sanktionen des Westens) lenkt, für Putin günstig, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den hausgemachten wirtschaftlichen Problemen ab. Um 1-2% könnte die Wirtschaft infolge der Sanktionen schrumpfen, die finanziellen Reserven (Staatsfonds) schwinden rapide dahin. Tendenzen der Isolierung steigen, doch ist die Importabhängigkeit bedeutend, was die Möglichkeit einer Autarkie reduziert.

Mitschrift: Gaby Matzner /Peter Steyrer